

Antrag

der AfD-Fraktion

Rückkehrprogramm für ausgewanderte Deutsche nach japanischem Vorbild starten

Der Landtag stellt fest:

Deutschland ist kein Einwanderungsland, sondern ein Fachkräfteauswanderungs- und Hilfskräftezuwanderungsland. Diese Feststellung gilt insbesondere auch für das Land Brandenburg.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte Deutsche aufzulegen mit u. a. folgenden monetären und nichtmonetären Rückkehranreizen:

1. Übernahme anfallender Umzugs- bzw. Rückkehrkosten;
2. Unterstützung bei der Wohnungssuche rückkehrwilliger Deutscher;
3. Unterstützung bei der Kitaplatzsuche für die Kinder rückkehrwilliger Deutscher;
4. Auszahlung einer Rückkehrprämie als Darlehen und Erlass der Rückzahlungsverpflichtung nach erfolgter Ansiedlung und zweijähriger sozialversicherungspflichtiger oder selbständiger Tätigkeit der zurückgekehrten Deutschen.

Begründung:

Während kulturfremde Hilfsarbeiter und Wirtschaftsmigranten massenhaft und illegal nach Deutschland und Brandenburg einreisen, wandern deutsche Fachkräfte seit Jahrzehnten in hoher Zahl aus. Allein zwischen 1991 und 2020 verließen mehr als vier Millionen (in Summe 4 570 693)¹ mehrheitlich gut ausgebildete Deutsche – darunter auch zahlreiche Brandenburger – ihre ursprüngliche Heimat und verlegten ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in das Ausland. Es handelt sich vor allem um Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler, Facharbeiter und Techniker.

Zwar kehren auch einige Deutsche später wieder in ihre Heimat zurück, der Saldo zwischen Auswanderern und Heimkehrern befindet sich jedoch seit langer Zeit im negativen Bereich.

¹ Vgl. Bundesamt für Statistik, Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2000, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderungen-alle.html>, abgerufen am 10.03.2022.

Die Auswanderung der einheimischen Bildungs-, Leistungs- und Intelligenzelite führt nicht nur zu ökonomischen Folgekosten und zeigt, dass die Verhältnisse in Deutschland für viele Betroffene nicht zufriedenstellend sind. Viele hochqualifizierte Deutsche wenden sich u. a. gegen die fortdauernde steuergeldfinanzierte Alimentierung illegaler Wirtschaftsmigranten, die desaströse Energie- und Umweltpolitik, die unverhältnismäßige Corona-Politik und viele weitere insbesondere politische Fehlentscheidungen und Verwerfungen, mit dem Ergebnis des Verlassens ihrer Heimat.

Während also einerseits illegale und nicht- bzw. geringqualifizierte sogenannte Zuwanderer den Fachkräftebedarf sogar noch steigern (Mehrbedarf an Lehrern, Richtern, Staatsanwälten, Polizisten usw.), schrumpft andererseits das tatsächliche Fachkräfteangebot durch die Auswanderung einheimischer Leistungsträger. Dieser ruinöse Zustand muss nicht nur durch die stringente Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer, sondern gleichzeitig durch monetäre und nichtmonetäre Rückkehranreize für im Ausland lebende hochqualifizierte Deutsche umgekehrt werden.

Das japanische Rückkehrprogramm beispielsweise zeigt, dass es demokratisch verfassten Industrienationen gelingen kann, ausgewanderte einheimische Fachkräfte und deren Nachkommen zur Rückkehr in ihr Vaterland zu motivieren. Allein aus Südamerika kehrten seit Aufsetzung des Programms 310 000 Japaner zurück, Tendenz weiter steigend. Anstellung finden sie mehrheitlich in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Der Ansatz, dem japanischen Vorbild zu folgen und ein Rückkehrprogramm für ausgewanderte Deutsche mit den zuvor beschriebenen Anreizen aufzulegen, wird sich als nutzenstiftend für die brandenburgische Gesellschaft erweisen und nicht zuletzt dabei helfen, etwaige zukünftige Lücken am Arbeitsmarkt zu schließen. Die dabei entstehenden Aufwendungen sind auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass zurückkehrende Deutsche mit der hiesigen Sprache und Kultur vertraut sind und keine Ausgaben für deren kulturelle und sprachliche Assimilation anfallen.